

RzF - 35 - zu § 54 Abs. 2 FlurbG

Flurbereinigungsgericht Mannheim, Urteil vom 11.09.2014 - 7 S 197/12 (Lieferung 2016)

Leitsätze

1. Die Befugnis nach [§ 60 Abs. 1 Satz 2 FlurbG](#), wonach die Flurbereinigungsbehörde auch andere Änderungen des Flurbereinigungsplans - auch die Landzuteilungen nach [§ 54 Abs. 2 FlurbG](#) betreffend - vornehmen kann, steht der Widerspruchsbehörde nicht zu. Bei dem - neben dem Anspruch auf wertgleiche Abfindung - erhobenen Anspruch auf Zuteilung bestimmter Aufstockungsflächen (Masseland, vgl. [§ 54 Abs. 2 FlurbG](#)) handelt es sich um einen selbständig geltend zu machenden Anspruch. Dieser ist - anders als der Abfindungsanspruch, der im Hinblick auf [§ 44 Abs. 1 FlurbG](#) dazu führt, dass die gesamte Abfindung in der Schwebe bleibt, auch insoweit teilbar und selbständig, als er sich auf bestimmte Grundstücke bezieht.

Anmerkung

Die Gründe sind auszugsweise abgedruckt unter [RzF - 27 - zu § 60 Abs. 1 FlurbG](#).